

ihres Vermögens werden leben wollen, ist im Kriege sehr stark gemindert worden. Ungewöhnlich groß ist die Zahl der neu gebildeten Millionäre, die sich noch nicht recht hervorwagen, aber nach dem Kriege ihren jungen Reichtum werden genießen wollen. Jeden Tag kann man es hören, daß sich dieser oder jener Fabrikant, Kaufmann oder Händler nach dem Kriege in das Privatleben zurückziehen beabsichtige. Kleine Agenten haben Vermögen ergattert, von denen sie sich nie was haben träumen lassen, und aus dem schwungvollen Kettenhandel sind Reichthümer hervorgegangen, von denen man erst eine Vorstellung bekommt, wenn man sieht, wie in gewissen Kaffeehäusern Tausender in ganzen Paketen von Hand zu Hand gehen. Neben den Millionen Menschen, die sehnsüchtig auf das Kriegsende warten, um die Opfer, die der Krieg von ihnen fordert, nicht länger erdulden zu müssen, besteht also noch eine andere Gruppe von Menschen, die ebenso ungeduldig, wenn auch aus anderen Gründen, das Kriegsende herbeisehnen.

Wenn der Krieg vorüber sein wird und wir den furchterlichen Schutthaufen überblicken werden, den er uns zurückgelassen hat, dann erst werden wir auch eine Vorstellung haben von der Arbeit, die zu leisten sein wird, um das Verlorene zu ersetzen, das Zerstörte wieder aufzurichten, unsere bis auf den Boden geleerte Vorratskammer aufzufüllen. Wer aber soll die Arbeit leisten? Von der kapitalistischen Unternehmungslust, auf die sich der Staat in vergangenen Friedensjahren verlassen konnte, haben wir im künftigen Frieden nicht viel zu erwarten. Wer in der Vage war, im Kriege wertlose Abfälle teuer zu verkaufen als vor dem Kriege neue Waren, wer unter den günstigsten Verhältnissen sein Lager ausverkauft hat, wer durch drei Jahre nicht etwa bloß seinen Lebensunterhalt verdient, sondern Vermögen aufgestapelt hat, für den kann die Friedensproduktion mit ihrem bescheidenen Nutzen und mit all den Zufällen und Fährlichkeiten, die jedem Geschäft anhaften, keinen Reiz mehr haben. Deshalb gibt es in jedem Warenzweig Industrielle, die einfach erklären, daß sie nach dem Kriege ihre Betriebe sperren und von ihren Rentnern leben wollen. Sie wollen die Früchte einer Ausnahmiskonjunktur, die vielleicht nie mehr wiederkehrt, genießen, das Geld, das jetzt bei einer Bank hinterlegt oder in Wertpapieren angelegt ist und ohne Anstrengung so stattliche Zinsen abwirft, nicht mehr aufs Spiel setzen. Sie wollen, da sie nun einmal unfreiwillig Rentner geworden sind, auch Rentner bleiben.

Welcher Zukunft aber gehen wir entgegen, wenn in einer Zeit, da wir auf jeden Kopf und auf jeden Arm angewiesen sein werden, so viele Leute kein anderes Ziel im Auge haben, als sich zur Ruhe zu setzen und von der Arbeit anderer zu leben? Die Reichen und die Reichgewordenen, sie werden nicht nur selbst nicht mehr wirken und schaffen wollen, sie werden uns auch noch die Arbeitskräfte wegnehmen, die wir zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft aufs dringendste benötigen. Denn das ist der Nachteil des Reichtums, daß er nicht nur selbst keine gemeinnützige Tätigkeit entfaltet, daß er auch noch dem Arbeitsmarkt Kräfte wegnimmt, um sie von den allgemeinen wirtschaftlichen Zwecken weg in den Dienst seiner Privatbedürfnisse zu stellen. Vor dem Kriege hatte es nichts weiter auf sich, wenn der erfolgreiche Spekulant, der Faiseur und Bankmann, der mit Tantiemen gesegneter Verwaltungsrat, wenn sich jeder Snob und Emporkömmling mit einem Stab von Dienern umgab, die sein vermeintliches Ansehen erhöhen sollten. Aber nach dem Kriege wird der Ueberschuß, der früher auf dem Arbeitsmarkt herrschte und so viele Menschen aus der Heimat trieb, weggesetzt sein und wir werden uns nicht mehr den Luxus erlauben können, daß sich reiche Müßiggänger Salaten, Kammerdiener, Köche und Chauffeurs halten, daß sich ihre Frauen und Kinder zu ihrer Bequemlichkeit mit Stubenmädchen und Kammerjungen, Gouvernanten und Gesellschaftsfräulein umgeben, während es der Allgemeinheit an Arbeitskräften für die allerdringlichsten Vorrichtungen fehlen wird. Wir werden auch mit den Luxusgütern und Fideikommissen aufräumen müssen, die die schlimmste Verschwendung mit tragfähigem Boden und menschlicher Arbeitskraft darstellen.

Was ist nun zu tun, um den sozialen Gefahren des Kriegsreichtums vorzubeugen und die im Kriege entstandene und geduldete Vermögensansammlung in den Händen einiger Bevorzugter unschädlich zu machen? Das einfachste Mittel wäre die Einziehung sämtlicher Kriegsgewinne, nicht die Besteuerung, sondern die restlose Einziehung. Schon die ersten Kriegsbilanzen, die die Aktiengesellschaften veröffentlicht haben, haben bewiesen, daß mit der Besteuerung, und wäre sie scheinbar noch so hoch, nicht viel erreicht ist. Die Kriegsgewinne sind so elastisch, daß selbst bei der Teilung mit dem Staate für den Unternehmer noch immer genug übrig bleibt. Das beweisen offenkundig die üppigen Dividenden und die noch üppigeren Tantiemen und das würden noch offenkundiger die Bilanzen der Landwirte und der privaten Industriellen beweisen, wenn auch sie zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichtet wären. In Deutschland geht man jetzt daran, die Kriegsgewinnsteuer zu erhöhen; aber man hat auch dort nicht den Mut, einfach die Konfiskation der Kriegsgewinne auszusprechen. Und doch würde die restlose Beschlagnahme nicht bloß dem Rechtsgefühl und dem sittlichen Empfinden, sondern auch den Absichten unserer Gesetzgebung entsprechen. Würden unsere Gesetze nicht bloß auf dem Papier

stehen und würden sie nicht gerade dann der Vergessenheit anheimfallen, wenn ihre Anwendung am dringlichsten ist, dann wären uns manche ärgerlichen Begleitererscheinungen des Krieges erspart geblieben. Wir haben seit 1912 ein Kriegsleistungsgesetz, das in seiner ersten Fassung dem Staate die Möglichkeit bot, im Falle eines Krieges die unumschränkte Herrschaft über alle Betriebe und Anlagen anzutreten, deren Erzeugnisse für die Kriegsführung benötigt werden. Der Begriff dessen, was zur Kriegsführung gehört, ist so dehnbar, daß der Staat auf Grund dieses Gesetzes auf jeden Produktionszweig die Hand hätte legen können, daß er zum mindesten mit der Drohung der Sequestrierung jede Preistreiberei im Keime hätte ersticken können. Bedauerlicherweise hat der Staat von diesem Gesetz keinen Gebrauch gemacht. Schon die Durchführungsverordnung, die er bei Ausbruch des Krieges erließ, hat die Absicht des Gesetzes verfehlt und im weiteren Verlauf ist nichts geschehen, um diesen Fehler wieder gutzumachen. Wenn der Staat alle Betriebe, die in irgend welcher Form für den Krieg arbeiten, in eigene Verwaltung genommen hätte, dann hätten diese statt der hundert- und mehrprozentigen Gewinne nicht mehr zu bekommen gehabt als das Durchschnittsertragnis der letzten fünf Friedensjahre. Mehr sollen sie auch jetzt nicht bekommen, denn der Krieg soll für niemanden eine Gelegenheit sein, sich zu bereichern.

Dann aber, und das ist vielleicht noch wichtiger als die Einziehung der Kriegsgewinne, werden wir nach dem Kriege den Produktions- und Arbeitszwang nicht entbehren können. Der Produktionszwang ist schon während des Krieges zuerst für den Kohlenbergbau, die Rohölgewinnung und die Bestellung der Felder, im August vorigen Jahres aber auch für alle anderen Betriebe eingeführt worden, die Gegenstände des allgemeinen Bedarfs erzeugen. Niemand darf ohne Erlaubnis des Staates einen solchen Betrieb sperren, mindestens muß er ihn, wenn er passiv ist, dem Staate anbieten. Eine Organisation, die alle arbeitsfähigen Personen nach ihrer Eignung und Begabung, ihren Kenntnissen und Erfahrungen dem Gemeinwohl dienstbar macht, wird nach Friedensschluß noch notwendiger sein als während des Krieges. Niemand wird sich ausschließen, niemand beiseite bleiben, niemand seine Bequemlichkeit und sein Behagen über das Gesamtwohl stellen dürfen. Mit Kapitalisten und Rentnern, mit Müßiggängern und Pflasterrettern kann der Staat die Kriegsschäden nicht heilen, seine zerstörte Wirtschaft nicht wieder in Gang bringen. Gestützt auf die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen, die er in den Frieden wird hinübernehmen müssen, wird es dem Staate nicht schwer fallen, einen Zwang auf seine Bürger, ohne Unterschied von Stand und Vermögen, auszuüben. Er wird dem Anspruch auf Befriedigung des Lebensunterhalts, auf Nahrung und Kleidung die Pflicht zur Betätigung im Interesse der Allgemeinheit entgegenstellen müssen. Wer da glaubt, von den Kriegsgewinnen oder überhaupt von Vermögenszinsen ohne Arbeit leben zu können — es wäre denn, er sei zu alt oder zu gebrechlich —, der wird eines Besseren belehrt werden müssen. Den Kapitalismus werden wir damit nicht aus der Welt schaffen, aber seine verderbliche Macht wird doch gebrochen sein, wenn das Geld nicht mehr eine Anweisung auf alle irdischen Genüsse ist und wenn alle und unterschiedslos das tägliche Brot durch Arbeit erwerben müssen. In den zügellosen Orgien dieses Krieges hat die kapitalistische Weltordnung gründlich abgewirtschaftet. Der einzige tröstliche Ausblick, den uns dieser schmerzreiche, schauderhaft blutige Krieg hinterläßt, ist die Hoffnung auf ein besseres, gerechteres und freieres Zeitalter, in welchem nicht mehr das Kapital über die Arbeit, sondern die Arbeit über das Kapital herrschen wird.